

Herborner Tageblatt.



Erscheint an jedem Wochentage
abends. Bezugspreis: Viertel-
jährlich ohne Botenlohn 1.40 M.

Organ für den Dillkreis und den Westerwald.

Druck und Verlag der J. M. Beck'schen Buchdruckerei, Otto Beck, Herborn.

Anzeigen kosten die kleine Zeile
15 Pfennig. — Reklamen die
Zeile 40 Pfennig.

Geschäftsstelle: Kaiserstraße 7.

Für die Redaktion verantwortlich: Otto Beck.

Fernsprech-Anschluß Nr. 20.

Nr. 13.

Freitag, den 16. Januar 1914.

71. Jahrgang.

Der Notstand im städtischen Realkredit.

Regierungsmassnahmen.

Berlin, 14. Januar.

Das Preussische Abgeordnetenhaus hatte bei den Verhandlungen über den Antrag Arendt (Mansfeld) am 18. Januar 1913 beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, eine Untersuchung darüber herbeizuführen, auf welchem Wege durch Massnahmen der Gesetzgebung den Notständen des städtischen Realkredits ein Ende gemacht werden könne. Hierzu erklärte nun die Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Inzwischen hat der Reichstag durch einen Beschluß vom 27. Juni 1913 die Verbündeten Regierungen ersucht, durch einen Ausschuss die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen unseres Grundkreditwesens sowie des Schätzungs- und Verleihungswesens für die zu Wohnzwecken dienenden Grundstücke durch Vernehmung von Sachverständigen zu prüfen. Die entsprechend diesem Beschluß vom Reichstag des Innern schon vorbereiteten Ausschussberatungen werden voraussichtlich umfassende Unterlagen für die Ergreifung von Massnahmen zur Milderung der Kreditnot des städtischen Hausbesitzes bieten. Da die beteiligten preussischen Ministerien durch Kommissare in dem Ausschuss vertreten sein werden, und da ferner die für Preußen in Frage kommenden sachverständigen Persönlichkeiten teils als Ausschussmitglieder, teils als Sachverständige zugezogen werden sollen, ist eine eingehende Berücksichtigung der Verhältnisse des preussischen städtischen Grundkreditwesens bei den Verhandlungen des Ausschusses zu erwarten.

Hierzu erklärt das offizielle Organ weiter noch: „Wie wir erfahren, hat deshalb die preussische Staatsregierung von der Herbeiführung der von ihr seinerzeit geplanten besonderen Sachverständigenberatung über die Kreditnot des städtischen Hausbesitzes vorläufig abgesehen.“

Belagerungszustand in Südafrika.

300 000 Streikende.

Kapstadt, 14. Januar.

Die Lage hat sich außerordentlich zuspitzte, nachdem jetzt der Generalstreik von sämtlichen Gewerkschaften endgültig beschlossen worden ist. Die Zahl der Streikenden ist noch nicht genau ermittelt, sie beläuft sich aber allein im Minengebiet am sogenannten Rand auf über 300 000. Da man namentlich von den vielen farbigen Arbeitern Unruhen befürchtet, wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der Belagerungszustand erstreckt sich auf die wichtigsten Bezirke Transvaals, des Orange-Freistaates und Natal, durch welche Hauptbahnen führen, mit Einschluß Durban, Pietermaritzburg und mit Ausschluß der Kapkolonie. Premierminister Botha hat von London die Ermächtigung erhalten, im Falle der Not Reichstruppen zur Unterdrückung der Unruhen zu verwenden. Im Randgebiet stehen 20 000 Bewaffnete zur Aufrechterhaltung der Ordnung bereit.

Die Eisenbahnen und auch die Straßenbahnangestellten haben sich ebenfalls dem Streik angeschlossen. Der ge-

saunte Verkehrswert sehr hoch deshalb vollständig. Der letzte Vollzug, der gestern Abend Durban verließ, fuhr bis zur Allendale-Haltstelle mitten im Belt. Dort kuppelte der Lokomotivführer seine Lokomotive ab, fuhr nach Natal zurück und ließ Wagen und Passagiere im Belt zurück.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Wie unser Londoner Botschafter Fürst Schinowjew über die deutsch-englischen Beziehungen denkt, erklärte er in einer Rede, die er auf einem Wohltätigkeitsfest in Newcastle hielt. Der Fürst sagte dort u. a.: „Es ist stets mein Bestreben gewesen, gleich meinen Vorgängern den freundschaftlichen Geist zu pflegen, der unseren beiden mächtigen Nationen ermöglicht hat, auf Jahrhunderte des Friedens und freundschaftlichen Strebens zurückzublicken, und ich habe das sichere Gefühl, daß diese guten Beziehungen durch ein vollständigeres gegenseitiges Verstehen und durch eine immer fortschreitende Erkenntnis der Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung stets erhalten bleiben werden.“

+ Folgende sozialdemokratische Interpellation ist im Reichstage eingebracht worden: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Verfassung und Recht zu schützen gegen die gefährlichen Übergriffe der Militärgewalt, wie sie durch die Kriegsgerichtsverhandlungen über die Vorgänge in Zabern offenbar geworden sind, und die in beiden Häusern des Preussischen Landtags Unterstützung gefunden haben?“

+ Über die Bildung eines Eisenbahnrats für Kamerun sind seitens des Reichskolonialamts Verhandlungen eingeleitet worden. Es ist beabsichtigt, ebenso wie für Südwestafrika und Ostafrika auch in Kamerun einen Eisenbahnrat ins Leben zu rufen. Für Togo ist die Einsetzung eines besonderen Eisenbahnrats erforderlich, da die dort anfallende Kaufmannschaft bei der Beratung wichtiger wirtschaftlicher Massnahmen und Tariffragen seit Jahren hinzugezogen wird.

Holland.

* Zu einer kleinen Kruppendebatte kam es in der zweiten niederländischen Kammer. Der Sozialist Terlaan richtete nämlich an die Regierung die Anfrage, ob sie versichern könne, daß die niederländischen Offiziere kein Schmiergeld erhalten bzw. erhalten werden von der Firma Krupp. Er wies darauf hin, daß die Offiziere, die bei Krupp Kanonen prüften, auf Kosten der Firma logierten. Der Kriegsminister erwiderte, er sei über diese Anfrage höchst erstaunt. Er könne unmöglich dafür einstehen, daß niemals ein Offizier unethisch sein werde, er wolle aber wohl erwägen, der Firma Krupp sagen zu lassen, daß die niederländischen Offiziere fortan in Eilen ihre Logis für Rechnung der Regierung beziehen sollten.

Frankreich.

* Die Präsidentschaftswahl in der Kammer ist nun endlich vorgenommen worden. Zum ersten Präsidenten wurde Descaud mit 379 von 403 Stimmen wiedergewählt. Nach erfolgtem ersten Wahlgang wurde der zweite Wahlgang für die Wahl von zweien der vier Vizepräsidenten auf ähnliches Verlangen der Kammermajorität noch in gleicher Sitzung vorgenommen. Zu dem einen Vizepräsidenten wurde trotz des lebhaften

Widerpruchs der Konservativen und Nationalisten mit 275 von 385 Stimmen der Abbé Demire gewählt. Dieses Ergebnis wurde mit tosendem Beifall begrüßt.

Aus In- und Ausland.

Konstantinopel, 14. Jan. Das Verbleiben des türkischen Botschafters in Berlin, Generals Rahmud Nuchtar Pascha auf seinem Posten scheint im Ministerium des Äußeren endgültig beschlossen zu sein. Wie erklärt wird, werde aus reiner Formalität ein Trade erscheinen, das ihn von neuem zum Botschafter in Berlin ernenne.

Sofia, 14. Jan. Die Auflösung der Sobranie erfolgte nach neunstündiger Sitzung, während derer die Gruppen der Opposition die Annahme der zwei provisorischen Budgetmittel ablehnen zu müssen erklärten. Ministerpräsident Radoslawow verließ um Mitternacht den Aufstiegssteg, der mit der Arbeitsunfähigkeit der Kammer begründet ist.

Zabern-Chronik.

Die Vorfälle in Zabern, die darauf gefolgten kriegsgerichtlichen Verhandlungen, die Disziplinaruntersuchung gegen den Zaberner Kreisdirektor Wahl und manche andere damit in Verbindung stehenden Dinge und Geschehnisse werden die Öffentlichkeit in der nächsten Zeit noch öfter beschäftigen, so daß man noch eine Weile mit einer ständigen „Zabern-Chronik“ in den Zeitungen rechnen muß. Zunächst haben sich einige einzelstaatliche Parlamente mit der Angelegenheit befaßt, um ihre Stellung dazu festzulegen.

Das Parlament der Reichslande.

er. Strassburg i. E., 14. Januar.

Die elfköpfige Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung eingehend mit Zabern. Die Interpellation über Zabern wurde begründet von dem Abgeordneten Dr. Knöpfler, der Bürgermeister von Zabern ist. Der Redner ging mit ziemlich scharfem Geschloß gegen die Regierung der Reichslande, den Reichskanzler und das Militär vor und behauptete, Deutschland hätte sich vor der ganzen Welt blamiert. Von der Regierung trat ihm Staatssekretär Freiherr Born v. Bulach entgegen und erklärte:

Die Zaberner Zivilbehörden hätten damals von der Regierung die strengste Weisung erhalten, unter allen Umständen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Polizeikräften für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen, das Militär gegen Verleumdungen zu schützen und im Notfall die bewaffnete Macht zu requirieren, wie es gesetzlich vorgehien sei. Weiter sei die Regierung sofort der Behauptung entgegengetreten, daß die Zivilbehörden verlag hätten, da tatsächlich die ihnen zur Verfügung stehenden Polizeikräfte ausgereicht hätten, um ernsthafte Unruhen zu verhindern. Auch der Anklagevertreter in dem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen Oberst v. Reuter habe die damaligen Massnahmen des Kreisdirektors als genügend anerkannt unter der Voraussetzung freilich, daß eine Kontrolle auszuüben war, ob die Zivilbehörden auch ihre Pflicht täten.

Der Staatssekretär schloß mit der Versicherung, die Regierung würde nicht einen Tag zögern, ihren Platz zu räumen, wenn nicht die vollkommene Gewähr für eine Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit gegeben wäre. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs, die teils Widerspruch, teils Beifall fanden, vertagte sich die Kammer, um heute mit der Besprechung der Interpellation fortzufahren. Alle heutigen Interpellationsredner, fast

Anna Westendorps Sendung.

Roman von Oskar I. Schweriner.

Schluss. (Nachdruck verboten.)

Zuletzt wachte der Gouverneur vorläufig noch —

— gar nichts!

Im Zimmer waren der Gouverneur, van Buren und die beiden Mädchen. Selbst die Ordonna war hinausgeschickt worden.

„Allo, Sie wollen bei dem Gefangenen van Buren bleiben?“ wandte sich der alte Herr nicht freundlich an Mathilde. „Das wird kaum gehen! Aber Sie dürfen hier bleiben, bis er abgeführt wird! Sehen Sie sich umher in einer Ecke; — zusammen!“

Welch ein Niederleben! Sie fielen sich in die Arme, keines Wortes mächtig, sie schützten sich und Mathildes tränen bestes Roberts Wangen.

Anna sah lautlos, mit zusammengekniffenen Lippen in die der Gouverneur sich plötzlich an sie wandte.

„Wenn Sie mit ihm lazen wollen, was Sie hier unten in unserer Küche suchen und dann sich verpflichten, sofort Transvaal zu verlassen und nie wieder zurückzukehren, dann gehe ich auch Sie frei!“

Anna stand einen Moment sprachlos. Van Buren war von seinem Sitz aufgesprungen und schrie ganz außer Fassung: „Sie wissen nicht?“

„Gar nichts weiß ich! Ich weiß nur, daß ich Dougherty da den Gang ausgefundschaftet hat, — daß ich seine tatsächlich Anna Westendorp ist, und daß sie eine Freundin“ — er betonte das Wort ironisch — „ein Dalkons und seines Sohnes ist. Ich weiß auch, daß Sie der Sohn des alten van Buren — unseres Erzfeindes sind — und daß folglich Sie beide die Führer der Verschönerung gewesen sein müssen. Was Sie in der Küche wollten, wissen wir nicht.“

Er wandte sich wieder an Anna Westendorp. „Wenn Sie es mir sagen, sind Sie frei!“ wiederholte er. Sie antwortete nicht gleich. — „Und warum gerade ich?“ fragte sie dann. — „Weil wir van Buren nicht freilassen dürfen. Der ist zu gefährlich!“

Indessen durchblitzte Anna ein wilder Gedanke. Die Sektionen waren leider gewarnt. Wenn sie lägen würde, und dann —

„Wir werden uns natürlich von dem, was Sie sagen, erst überzeugen!“ kam die Stimme des Gouverneurs, der das Aufblitzen in Annas Augen gesehen hatte.

Schade! Die Sektionen waren gewarnt! Sonst hätte sie sich in Stücke hauen lassen, ehe sie etwas dazwischen hätte. Doch unter den Umständen war alles verloren. Sie blickte wieder hinüber in die Ecke, zu van Buren, der sich wieder neben Mathilde gesetzt hatte; Hand in Hand saßen sie da wie zwei Kinder. Mathilde blickte zu ihm empor mit angst-erfülltem Gesicht, er starrte vor sich hin. Anna sah, wie er litt, wie es zitterte und zuckte um seine Mundwinkel. Und sie wußte, es war nicht Furcht, die ihn so leiden ließ, sondern der Gedanke an eine nochmalige Trennung von dem geliebten Weibe. Und plötzlich trat sie einen Schritt auf den Gouverneur zu, die Hände geballt, der Atem kurz.

„Ich will's Ihnen sagen! Unter einer Bedingung!“

— „Die ist?“

Sie wandte sich van Buren zu. „Dah Sie ihn — auch freilassen!“

van Buren glaubte seinen Ohren nicht trauen zu dürfen. Ein verächtliches Lächeln hatte um seine Lippen gespielt; er hatte erwartet, sie würde sich ihre Freiheit durch den Verrat erkaufen. Ein Verrat, der allerdings eigentlich keiner mehr war. Dennoch hatte er das Geheimnis nie preisgegeben. Wenigstens hatte er das geglaubt in dem Moment, als Anna auf den Gouverneur zutrat. Jetzt blickte er nur ganz erstaunt auf seine Fürsprecherin, während Mathilde, Hoffnung und Zweifel im Herzen, ihre Hände rang. Der Gouverneur zog die Augenbrauen zusammen. „Das geht nicht!“ sagte er kurz.

— „Gut! So lassen Sie uns abführen!“

„Überlegen Sie sich's noch einmal!“ — mahnte der Gouverneur. Ebe jedoch Anna noch antworten konnte, trat eine Ordonna ein und überreichte seinem Borgelassen einen Brief. Der blickte hinein, dann schielte er über zu Anna. „Allo — wollen Sie mir sagen, was Sie in der Küche getan haben?“

„Geht er“ — sie deutete auf van Buren — „auch frei?“

Der Gouverneur kante an seinem Schmirrbark mindestens fünf Minuten vergangen, ehe er antwortete. Dann wandte er sich an van Buren. „Würden Sie versprechen, auf immer Transvaal zu verlassen, sofort, und

nie mehr zurückzukehren?“ Robert antwortete nicht gleich. Da schlangen sich zwei weiche Arme um seinen Hals. —

„Robert!“ flüsterte eine Stimme in sein Ohr. Er drückte Mathilde an sich. — „Ich bin bereit dazu!“ wandte er sich kühnen Gesichtes an den Gouverneur.

Und Anna Westendorp und Robert van Buren leisteten einen Eid, innerhalb acht Tagen die Heimat auf ewig zu verlassen. Aber den Treueid leisteten sie nicht. — wie zwei Stunden früher die Kameraden getan.

„Es ist besser so!“ dachte van Buren. „Jetzt darf ich von Europa aus weiter arbeiten!“

„Aber Sie sagen mir die Wahrheit, und sobald ich mich davon überzeugt habe, sind Sie frei!“

Anna holte tief Atem. „Wir haben etwas in alle Kessel und in das Wasser getan!“ sagte sie halblaut. Und fügte dann leise hinzu: „Starttransvaal!“ Der Gouverneur begriff nicht gleich. Einen kurzen Moment blickte er fragend auf die Sprecherin. Dann aber trat ihn die Ungeheuerlichkeit des Gefagten wie ein Keulen-schlag. Er wurde kreidebleich und warf das Papier, das die Ordonna ihm gebracht hatte, weit von sich. Es war ein Rapport des Festungsbefehlshabers, daß er in den Kesseln absolut kein Gift entdecken könne.

„Dann also! — Großer Gott!“ murmelte er. Aber er verlor den Kopf nicht. Ein paar Zeilen schickte er sofort mit der Ordonna an den Arzt. Dann wandte er sich an die drei andern.

„Das ist furchtbar!“ sagte er. „Aber ich glaube Ihnen ohne weiteres. Danken Sie Gott, daß Sie so davon gekommen sind, wie ich Gott danke, daß wir diesen Hölleplan noch entdeckt haben!“

Vielleicht hätte er noch mehr gesagt, aber die Angst peitschte ihn ordentlich. Er eilte zum Zimmer hinaus. Gleich darauf traten zwei Soldaten ein, nahmen Anna, Mathilde und Robert in ihre Mitte, führten sie zur Festung hinaus und ließen sie unter freiem Himmel vor dem verschlossenen Festungstor stehen.

Und so standen sie ein Weile, lautlos. Plötzlich ergriff Anna Westendorp Roberts Hand. „Kannst du mit jetzt verabschieden, Robert!“ flüsterte sie.

Und er, seinem Impulse Folge leistend, zog sie an sich und küßte sie. Dann machten sie sich gemeinschaftlich auf den Weg, zum Hause des alten van Buren. Im Osten leigte sich die erste Morgenröte.

ohne Ausnahme, übten scharfe Kritik an der Haltung der elsaß-lothringischen Regierung, die ihnen nicht fest genug gegenüber der Militärbehörde gewesen sei. Die heutige Kundgebung endete mit einem Appell an den Reichstag, dieser möge: 1. eine moderne Regelung der Abgrenzung der Militär- und Zivilgewalt, 2. eine Reform der Militärstrafbarkeit in die Wege leiten und 3. einen Ausbau der Verfassung Elsaß-Lothringens zum autonomen Bundesstaat beschließen.

Aus dem bayerischen Landtag.

München, 14. Januar.

Auch im bayerischen Landtag wurde die bayerische Affäre angedrungen, und zwar durch den fortschrittlichen Abgeordneten Müller-Meinungen, der von dem „ungeheuren Aufsehen“ sprach, welches „die Fälle der Freisprüche“ erregt habe. Der Redner verlangte, daß bei so „schwierigem Terrain wie Elsaß-Lothringen nur Leute von großem Takt und Umsicht gesetzt werden sollen“. Ihm erwiderte der Kriegsminister Freiherr v. Krell, was das Einschreiten der bewaffneten Macht betreffe, so seien die Bestimmungen bei inneren Unruhen so einfach, daß er nicht glaube, daß bei den verantwortlichen Offizieren Zweifel über ihre Befugnisse bestehen könnten. Ein selbstständiges Einschreiten des Militärs ohne eine Aufforderung der Zivilbehörden sei in Bayern unzulässig. Auf den bayerischen Fall einzugehen, sei er nicht gewillt, da er nicht vor das Forum des Hauses gehöre.

Wie der Kanzler denkt.

Bs. Berlin, 14. Januar.

Die Auffassung, die der Reichskanzler von den Vorgängen im Elsaß hat, ging klar und deutlich aus seiner Rede im preussischen Abgeordnetenhaus hervor. Er gab zunächst bedingt zu, daß die einzelstaatlichen Parlamente, also auch das preussische Abgeordnetenhaus, ein gewisses Recht besäßen, sich mit den Ereignissen in den Reichslanden zu beschäftigen, verwahrte sich aber dagegen, daß man sein Verhalten im Reichstage bei der Behandlung der bayerischen Angelegenheit nun im preussischen Abgeordnetenhaus zum Gegenstand der Kritik machen wolle. Bezüglich der kriegsgerichtlichen Verhandlungen in Straßburg meinte der Reichskanzler, daß die Herren im Reichstage, die ihm seinerzeit das „Mißtrauensvotum“ gegeben hätten, nun wohl doch eines Besseren über die Vorfälle belehrt worden seien und kaum noch die Ansicht vertreten würden, daß die Soldateska herrsche. Außerdem gebe es keinen Staatsmann, der genau wisse, wie sich die Dinge abgespielt hätten und ob die Zivilbehörden verlagert haben oder nicht. Das betonte der Kanzler allerdings auch, daß es die ernste Sorge der Reichsregierung sei, wie es in Zukunft möglich sei, ähnlichen Vorgängen zu steuern.

Deutscher Reichstag.

(190. Sitzung.)

Bs. Berlin, 14. Januar.

Stellungnahme gegen das Herrenhaus.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung mit folgender Erklärung:

Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht hat in der Sitzung des Herrenhauses vom 10. Januar ein Mitglied des letzteren sich dahin geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag aufgenommen wurde, darauf schließen ließe, daß die nationale Gesinnung überall im Auswachen begriffen sei, daß aber die Berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerschaft lebendig war, habe vermissen lassen. (Zurufe links: Unhöflich!) — Ich erkenne selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, Kritik an dem Verhalten des Reichstages zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin, namentlich auch angesichts der Tatsache, daß das Gesetz über den Wehrbeitrag vom Reichstag mit überwältigender Majorität angenommen worden ist, eine Beleidigung des Reichstages (Lebhafter Zustimmung im Zentrum und links), die ich von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Erneute lebhafter Zustimmung im Zentrum und links.)

Schutz der Hüttenarbeiter.

Verschiedene gewerkschaftliche Organisationen und die Deutsche Gesellschaft für soziale Reform verlangen weitestgehende Schutzbestimmungen für Hüttenarbeiter sowie eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Petitionskommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung, die Konservationen Überweisung zur Erwägung.

Abg. Ewigel (Soz.): Die technischen Umwälzungen der Schwerindustrie haben außerordentliche Erschwerungen gerade für die Arbeiter in den Hüttenwerken zur Folge gehabt. Die Reichsregierung muß helfend eingreifen.

Abg. Sieberts (Z.): Auch wir halten die Arbeitsverhältnisse der Hüttenarbeiter dringend der Besserung bedürftig. Alle Arbeiterorganisationen sind darin einig. Ohne den Achtstundentag geht es nicht mehr. Die aktuellen Überstundenlöhne entsprechen leider nicht immer den tatsächlichen Verhältnissen. (Hört, hört!) Die zehnstündige Arbeitszeit ist unmenschlich; sie muß unter allen Umständen beseitigt werden.

Abg. Dr. Vöttger (natl.): Daß Mißstände in manchen Betrieben vorhanden sind, ist nicht abzulehnen. Und sie müssen beseitigt werden. Aber andererseits sind die Beschwerden der Arbeiter immer einseitig. Beide Teile müssen gehört werden.

Abg. v. Graefe (L): Das allzu rasche Tempo unserer Sozialpolitik hat in gewissen Industrien geradezu Erbitterung hervorgerufen. Dieses Tempo machen wir nicht mit, aber den Vorwurf der Arbeiterfeindschaft lehnen wir ab. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Schönlank (B.): In Oberloosen sind die Arbeitsverhältnisse in den Hüttenbetrieben noch bedenklicher und schlimmer als im Westen.

Die Abg. Windel (El.) und Haberland (Soz.) sprechen für die Notwendigkeit, Reformen namentlich in der Überstundenfrage zu treffen. Abg. Dr. Burchardt (fortsch. Bgg.) hält die Einführung des Achtstundentages für diskutierbar.

Der Kommissionsantrag wird angenommen, und das Haus vertagt sich auf morgen, wo die sozialdemokratische Interpellation wegen Bayern behandelt werden soll.

Es ist von Buren und selbst Matilde nie klar geworden, auf welche Weise sie verraten wurden. von Buren und Anna Westendorp dachten sich ihr Teil; zogen aber vor, zu schweigen. Sie und Matilde kehrten mit dem ersten Schiff nach Europa zurück, wohin ihnen der alte von Buren bald folgte.

Von van Snellen hat Matilde, oder vielmehr Frau von Buren, nichts mehr gehört; sehr zu ihrer angenehmen Überraschung. Aber die vereitelte Verlobung selbst aber ist nie ein Wort in die Öffentlichkeit gedrungen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(1. Sitzung.)

Bs. Berlin, 14. Januar.

Das Haus fuhr heute in der allgemeinen Besprechung des Etats fort. Die Sitzung wurde durch den Präsidenten Graf Schwerin-Löwitz bei ziemlich gutem Besuch eröffnet.

Freiherr v. Sedlitz-Roschitz (frk.) gab seiner Freude über die bündige Ablage an die weltliche Agitation lebhaften Ausdruck. Auch er teile die schweren Bedenken gegen die Vermögenswachstumssteuer. In der Frage des Arbeitswillens schloß er sich der Redner, wenn die bestehenden Vorschriften genügen sollten. Schärferer Anweisung der Regierung für die polizeilichen Maßnahmen. Mit scharfen Worten lehnte der Redner eine Änderung des bestehenden preussischen Wahlrechts ab.

preussischen Wahlrechts

ab. Es sei notwendig, um Preußen als monarchischen Staat in seiner Eigenart zu erhalten. Die Arbeiterschaft habe durch das Reichswahlrecht schon Rechte genug. Dies Wort rief den lebhaften Widerspruch nach. Die elsaß-lothringische Zivilverwaltung müsse an Kopf und Gliedern reformiert werden, denn sie hat im Elsaß Bayern glatt verlagert.

Verlängerung des Termins zur Abgabe des Wehrbeitrag-Vermögenserklärung.

Lebhaften Beifall erntete der Finanzminister Dr. Penke mit seiner Erklärung, daß der Termin zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag auf den 31. Januar verlegt worden sei.

Handelsminister v. Endow gab einen Überblick über die Verhandlungen mit dem Kohlenindustriat, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Er habe Emschlag des Bistums auf die Preisbildung verlangt, und er werde bei den weiteren Verhandlungen das Interesse der Allgemeinheit im Auge behalten.

Abg. Wiemer (Sp.) wandte sich besonders gegen den freikonservativen Redner, dem er mehr Vorzicht mit seinen herablassenden Äußerungen über das Reichswahlrecht anrät. Es läge im Hause nicht sehr nach Friedensstimmung aus, die Herren von rechts hätten es offenbar auf Herrn v. Weismann abgesehen.

Die Geschichte in Bayern

habe gezeigt, wie notwendig eine Reform des Militärgerichtsverfahrens sei. Polizeipräsident v. Jagow habe mit seinen Äußerungen in ein schwebendes Verfahren eingegriffen. Was, fragte der Redner, gebente der Herr Minister dagegen zu tun? Die Zivilverwaltung von Elsaß-Lothringen sei zu Unrecht angegriffen worden, die Vorwürfe seien einseitig und ungerichtet.

Minister des Innern v. Dallwitz gab die Maßnahmen bekannt, die die Regierung zur Änderung der von den Stürmen an der Ostsee betroffenen Kreise ergriffen habe. Von der Regierung seien 20000 Mark, vom Kaiser ein weiterer Beitrag bereitgestellt worden. Daß, wie der Abg. Herold behauptet hat, die katholischen Meiderlande benachteiligt würden, sei unrichtig. Die Konfession spiele keine Rolle bei der Anstellung. Schärferer Anweisungen an die Polizei zum Schutze der Arbeitswilligen seien bereits erlassen.

Der Fall Jagow.

Für das bemängelte Urteil des Polizeipräsidenten von Berlin über die erste kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Leutnant v. Fortner und die Ermüdung, ob dieses Vorgehen einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren und eine angebliche Beurteilung des Richterkollegiums ist, ist doch von Bedeutung, daß ein solcher Eingriff doch nur von einer übergeordneten Behörde ausgehen kann, aber nicht von einem amtslich in dieser Sache völlig unbeteiligten Beamten. Man kann es nicht gutheißen, wenn Beamte an ein schwebendes Verfahren ohne zureichenden Grund und noch dazu an ein noch nicht abgeschlossenes Gerichtsverfahren in der politischen Tagespresse kritische Bemerkungen knüpfen, selbst dann nicht, wenn diese Bemerkungen rein juristischen Charakters sind. Richterlichen Behörden gegenüber muß Zurückhaltung Platz greifen. So höher die Stellung des Beamten ist, um so höher empfiehlt es sich auch, die Linie der Zurückhaltung zu ziehen. Schon aus der gebotenen Rücksicht auf Andersdenkende und übergeordnete Behörden. Wenn von nun an aber Auskünfte über etwaige Vorhaltungen verlangt wird, so muß ich ein derartiges Verlangen mit aller Bestimmtheit ablehnen, weil das in Preußen nicht üblich ist. Innere dienstliche Vorverurteilungen in der Öffentlichkeit zu erörtern. Das ist allein Sache des Ressortchefs.

Präsident Graf Schwerin dankte dem Herrn Minister namens des Hauses für die Mitteilungen über die Stürmschäden an der Ostsee und erklärte, sofort nach Eingang des Materials die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Korfanti (B.) wendet sich hauptsächlich gegen die Anstellungspolitik Preußens.

Abg. Girsch (Soz.) forderte die Heraushebung der Steuerentzwei. Die Steuerzuschläge müßten wieder in Fortfall kommen. Daß keine neuen Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen notwendig seien, beweisen die harten Urteile gegen Streikende.

Justizminister Beselet wandte sich gegen die Vorwürfe des Vorredners in Sachen der Streikurteile. Ebenso wies Minister des Innern v. Dallwitz die sozialdemokratischen Behauptungen zurück.

Das Haus vertagt sich auf morgen.

Hof- und Personalsnachrichten.

* Der Kaiser wird Mitte Februar in Wilhelmshaven einreisen, um der Vereidigung der Reserve beizuwohnen.

* Die Deutsche Kronprinzessin hat nunmehr Danzig endgültig verlassen. Vorher verabschiedeten sich die kleinen Prinzen in der Uniform der Leibkavalieren vom kommandierenden General v. Radenien.

* Die Mutter des österreichischen Ministerpräsidenten, Gräfin Eleonore Stürgkh, ist auf Schloß Halbturn bei Graz gestorben.

* Der König von Italien wird zu Beginn des Jahres eine Reise nach Tripolis unternehmen, wo man aus diesem Grunde große Festlichkeiten plant.

Mexiko zahlt keine Zinsen.

Mancher armen Witwe, die mit ihren Kindern von einem kleinen Kapital lebt, beben jetzt die Knie. Hat sie nicht auch Mexikaner im Schreibtisch liegen, äußere Anleihe, Goldanleihe, innere Anleihe? Wesen Vermögen nur aus wenigen tausend Mark besteht, der ist mit den 3 1/2 Prozent der Sparkasse natürlich nicht zufrieden. Ausländische Renten geben 4, 5, ja 6 Prozent Zinsen, und wenn es im Bankgeschäft heißt, der Staat sei gut, nun so legt man sein Geld in solchen Papieren an. Da kommt aber wie ein Gewitterschlag die Nachricht, daß Mexiko — vorerst auf ein halbes Jahr — seine Zinszahlungen einstellen müsse. Die als Sicherheit verpfändeten Rente werden zu Staatszwecken eingesetzt. Ob das alles schon Bankrott oder nur Zahlungsstockung ist, das wird erst die Zukunft die erschrockenen Gläubiger lehren.

Mexiko hat nahezu 2 Milliarden Mark Schulden, ein im Vergleich dazu, was die 37 Millionen Deutschen an Reichsschulden zu verzinsen haben, geradezu ungeheurer Betrag für das kleine Völkchen mit der unentwickelten Volkswirtschaft. Das Land ist zwar reich und mehr als doppelt so groß als das Deutsche Reich, hat auch in den letzten

Jahren seine Petroleumindustrie gewaltig entwickelt, aber es ist doch noch alles in den Anfängen. Auch der Verkehr ist noch gering; doch vermag freilich die interozeane Tehuantepec-Bahn, die Verbindung der Küsten des Atlantischen und des Stillen Ozeans, schon viel Frachtkraft zu bewältigen und erzieht einflussreichen Panamakanal. Die nahezu zwei Milliarden Mark Schulden sind zum großen Teil in Europa untergebracht, von der fünfprozentigen äußeren Anleihe von 1899 an auch in Deutschland. Die Großbanken machen bei Ausgabe ausländischer Anleihen ja ein glänzendes Geschäft allein schon durch die Provision, die sie erhalten. Ein solches Papier wird, sagen wir, zu 90 Prozent aufgelegt, die Banken aber haben einen Kurs von 85 ausbezahlt erhalten, d. h. der Staat verlangt von ihnen von je einem Staatsschuldenschein über 1000 Mark nur 850 Mark. Werden 500 Millionen Mark verlangt, so bekommen die Ausgeber also eine Provision von 75 Millionen. Das ist ein Beispiel noch lange nicht der glänzendsten Geschäfte. Je fester ein Staat steht, desto höherer Gewinn läßt er den Ausgebern zufließen, desto mehr legen diese sich auch ins Zeug. Man empfiehlt dem Publikum die schöne Verzinsung. Freilich, deutsche Reichsanleihe sei es nicht, aber immerhin „sicher wie Gold“. Der Großkapitalist kauft sich natürlich keine Mexikaner. Wer aber mit Groschen rechnen muß, der wählt häufig die großen Zinsen und — fällt häufig dabei herein. Auch an griechischen und portugiesischen Papieren hat das deutsche Publikum schon viele Millionen ersparten Geldes verloren.

Von einer großen deutschen Bank wurden dem Publikum noch vor wenigen Monaten, im Juni 1913, wo es in Mexiko bereits drunter und drüber ging, neue Mexikaner angeboten. Zum Glück verbot der preussische Handelsminister die Einführung der Anleihe an der Börse und rettete so vielen kleinen Kapitalisten, die heute betrübt dastehen würden, ihr Geld. Aber von früher her sind noch vier mexikanische Anleihen bei uns im Umlauf, und es wird jetzt viel schmerzliche Gesichter geben. Die famose amerikanische Monroedoktrin, die einen Eingriff europäischer Mächte auf den amerikanischen beiden Erdteilen als Bedrohung der Vereinigten Staaten ansehen zu wollen erklärt, lähmt die Gläubigerstaaten Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland — sie müssen nun ruhig zusehen. Aber es wäre Zeit, daß diese Doktrin in den Papierkorb wanderte, und daß die beteiligten Mächte ihrerseits die Bälle mit Beischlag beleaten, soweit sie in den Einfuhrhöfen erhoben werden.

Ein Attentat auf Scherif Pascha.

Paris, 15. Jan. Der türkische General Scherif Pascha, der Führer der türkischen Radikalen und Gegner des Komitees für Einheit und Fortschritt ist gestern Vormittag in seiner Pariser Wohnung Gegenstand eines Revolver-Attentats gewesen.

Scherif Pascha selbst ist nicht verwundet worden. Der türkische General und frühere Gesandte der Türkei in Stockholm, wohnt seit Jahren in Paris, wo er eine Zeitschrift herausgibt, die einen hartnäckigen Kampf gegen die Jungtürken und gegen den deutschen Einfluß in der Türkei führt. Gestern Vormittag erschien ein Türke in der Wohnung Scherif Paschas mit einem diesen gerichteten Brief. Der Besucher wurde von dem Diener des Generals abgewiesen. Er zog in diesem Augenblick einen Revolver aus der Tasche und schloß auf den Diener, den er verwundete. Sofort stürzten sich die übrigen Diener des Generals auf den Besucher. Sein Schwiegersohn Salih Bey kam mit einem Revolver in der Hand hinzu und schloß den Besucher nieder, der sich angeblich Ismael Haffi nennt und 37 Jahre alt ist.

General Scherif Pascha erklärte einem Berichtserstatter, es handle sich um ein rein politisches Verbrechen und er sei überzeugt, daß der Anschlag von der türkischen Regierung angezettelt worden sei. Er glaube, daß der Initiator des Attentats der gegenwärtige Großvezir Said Halim sei, der leibliche Bruder seiner Gattin, der Prinzessin Emineh von Aegypten. Außer dem Kammerdiener, der lebensgefährlich verwundet wurde, erlitt auch der Chauffeur des Generals Scherif Pascha eine Verletzung, die aber nicht von einer Schußwunde herzuführen scheint.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 15. Januar.

* (Lichtbilderabend.) Wir werden gebeten, auf den heute Abend im Vereinshaus stattfindenden Lichtbildervortrag des Herrn Lange aus Barmen hinzuweisen, welcher die „Serie „Der Mutter Schuld“, Erfahrungen aus der Dinterreittungsarbeit, erklären wird.

* (Butterabschlag.) Ein nicht unwesentlicher Abschlag auf Butter ist, der „Wiesb. Ztg.“ zufolge, neuerdings wiederum eingetreten. Der Preisrückgang beläuft sich bei allerfeinster Saffrahnbutter von 1,55 Mk. bis 1,60 Mk. auf 1,40 Mk., bei Mollereibutter auf 1,30 Mk. Daß bei der allgemeinen Teuerung und den seither hohen Butterpreisen dieser Abschlag sehr begrüßt werden wird, ist gewiß.

* (Die Sonnen- und Mondfinsternisse im Jahre 1914.) Ueber Tag und Anzahl der im Jahre 1914 stattfindenden Sonnen- und Mondfinsternisse wird aus astronomischen Kreisen geschrieben: Das Jahr 1914 ist vom astronomischen Standpunkte aus von besonderem Interesse für uns, da es zwei Sonnenfinsternisse, darunter eine totale, und zwei Mondfinsternisse bringt, von denen die erste Mondfinsternis und die zweite Sonnenfinsternis für uns sichtbar sind. Die erste Sonnenfinsternis fällt in die Nacht vom 24. zum 25. Februar und bleibt daher für uns unsichtbar. Die zweite totale Sonnenfinsternis fällt auf den 21. August. Sie nimmt ihren Anfang um 11 Uhr 12 Min. vormittags in der James-Bay in Kanada und endet 3 Uhr 57 Min. an der Küste des Somalilandes. Sichtbar wird sie für die nordöstliche Hälfte Afrikas, die westliche Hälfte Asiens und für Europa. Ebenso wird man sie im nordwestlichen Teil des Indischen Ozeans und in den nördlichen Polargegenden sehen. Die totale Finsternis geht hart an der nordöstlichen Grenze Deutschlands vorüber, während in den südwestlichen Gegenden des Reichs etwa 7/10 des Sonnendurchmessers

verfinstert erscheinen. Die Mondfinsternisse sind beide partiell. Die erste am 12. März von 3 Uhr 42 Min. morgens bis 6 Uhr 44 Min. vormittags läßt immerhin 1/10 des Monddurchmessers vom Erdschatten bedeckt werden. Man wird sie in Arabien und Kleinasien, in Afrika, Europa, auf dem Atlantischen Ozean, in Amerika und auf dem östlichen Pacific beobachten können. Die zweite, am 4. September stattfindende Mondfinsternis währt von 1 Uhr 17 Min. bis 4 Uhr 33 Min. nachmittags.

Marienberg. (Wintersportfestlichkeiten in Marienberg.) Winterfest, Preisrodeln und Skikurse. Da die Schneebedingungen im hohen Westerwald augenblicklich außerordentlich günstig sind, hat der Wintersportverein Marienberg sein Winterfest, verbunden mit Preisrodeln, auf kommenden Sonntag, den 18. ds. Mts., festgesetzt. Das Preisrodeln beginnt nachmittags 5 Uhr, daß die Rodler und sonstige Gäste hinterher die Rodelbahn noch mehrere Stunden benutzen können. Die Bahn selbst befindet sich dank der Tätigkeit des Vereinsvorstandes in einem geradezu glänzenden Zustand, außerdem ist sie jetzt auf eine Länge von 2 Kilometer gebracht und dürfte damit wohl alle übrigen Rodelbahnen unserer westlichen Mittelgebirge vollständig in den Schatten stellen; dabei ist sie vollständig gefahrlos — Unglücksfälle sind bis jetzt noch nicht vorgekommen — und bietet dem Fahrer landschaftliche Bilder, wie sie zu den schönsten des Mittelgebirges gehören. Die Fahrt geht anfangs durch beschneiten Tannenwald, der in schönstem Rauhreif prangt; beim Herausreten aus dem Wald bieten sich uns prächtige Ausblicke auf das im Winterkleid vor uns liegende Marienberg und die es umrahmenden Berge des hohen Westerwaldes; der Endpunkt liegt tief unten im Tale der schwarzen Rifter. Die Beteiligung am Preisrodeln steht Jedermann frei; ausgefahren werden Ein- und Zweiferrodel und die Rodelmeisterschaft im Westerwald für das Jahr 1914. Die Preisverteilung findet abends um 6 Uhr im „Westerwälder Hof“ statt; daran schließt sich gemütliches Zusammensein. Die vom Verein angeschafften schönen Preise und Ehrenpreise, Medaillen und Diplome werden zahlreiche Rodler herbekommen, sodas der Kampf ein heißer wird. — Zur Hebung des so außerordentlich gefunden und reizvollen Schneeschuhsports veranstaltet der Verein in Verbindung mit dem Wintersportauschuß des Westerwald-Klubs auch in diesem Jahre mehrere Skikurse; der erste beginnt am Samstag, den 17. ds. Mts., und dauert 3 Tage, er ist vorgesehen für Anfänger und Ueingeübte; 8 Tage später folgt ein zweiter Kursus für Geübtere. Im zweiten Kursus wird vor allen Dingen auch das Springen von der Sprungschanze geübt werden. Zu diesen Kursen hat der Verein einen erfahrenen Skilehrer aus Wildbad im Schwarzwald gewonnen, der an den Abenden auch theoretische Vorträge für die Teilnehmer halten wird, sodas denselben einige interessante Tage bevorstehen. Anfragen betr. Teilnahme sind zu richten an den Wintersportverein Marienberg, auch erteilt derselbe kostenlos Auskunft über die Unterkunftsverhältnisse. Bei einem Witterungswechsel werden die Veranstaltungen um 8 Tage verschoben.

Gladenbach. Auf der 17. Nationalen Geflügel-Ausstellung in Berlin, die mit 8500 Tieren besetzt war, erhielt Herr A. Theis jr. hierseits auf Hamburger Goldsprenkel 2. Preis.

Frankfurt, 14. Jan. Wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung war vom Landgericht Frankfurt a. M. Karl Hopf zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Wiesbaden. Im Regierungsbezirk Wiesbaden verfügt das Konsistorium über 25 Pfarramtskandidaten und 5 Hilfsprediger, von denen 14 bereits ordiniert, aber noch nicht fest angestellt sind. — Das hiesige Konsistorium hat die Zählung der Kirchenbesucher neu geordnet, und zwar soll sie in Zukunft am Sonntag Invokavit, zu Ostern, am 12. Sonntag nach Trinitatis und am 3. Advent stattfinden. Anstaltsangehörige und Mannschaften des stehenden Heeres sollen bei der Zählung unberücksichtigt bleiben.

Erbach i. Rh. Der Kommandant der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, Herr Wilhelm Graß, wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau zum Branddirektor ernannt und ihm gleichzeitig das Abzeichen Nr. 1 mit Flechtwerk zugeteilt.

Oberlahnstein. Eine Frau von hier, deren Mann schon seit längerer Zeit in einer Irrenheilanstalt untergebracht ist, besuchte diesen am Montag. Auf der Rückfahrt verfiel die Frau ebenfalls in Zerrinn, so daß sie sofort in dieselbe Anstalt untergebracht werden mußte, in der sich ihr Mann befindet.

Chringshausen. Herr Lehrer Wilhelm Anthony von hier hat in Koblenz das Mittelschullehrerexamen abgelegt und bestanden.

Wetzlar, 14. Jan. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,05—1,10 M., Eier das Stück 11—12 Pfg. (W. Anz.)

Siegen. An Stelle des am 1. April in den Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Meunier wählte die Stadtverordnetenversammlung den seitherigen zweiten Bürgermeister unserer Stadt, Karl Keller. Keller, der im Alter von 35 Jahren steht, ist seit 25 Jahren wieder der erste Jurist, der in Siegen das Amt des Oberbürgermeisters übertragen erhält.

Schotten, 14. Jan. In der letzten Nacht brannte hier das Rheinische Kaufhaus nieder. Die Ursache dürfte ein Ueberhitzer Ofen gewesen sein.

Gschwege, 14. Jan. In der vergangenen Nacht entstand in der Pfeifenfabrik von J. Rebi Feuer. Die Fabrik wurde vollständig vernichtet, ebenso 10 Scheunen und 3 Hintergebäude. Eine große Anzahl Arbeiter sind beschäftigungslos geworden.

Hofgeismar, 15. Jan. In dem Konkurs der Kesselberg'schen Buchdruckerei sollen sich die Passiven auf 600,000 M. belaufen. (Oberh. Z.)

se. Darmstadt, 14. Jan. Seit dem Morde des Försters Romanus im Kreise Fulda, den der Zigeuner Ebender vollführte, und dem Rencontre eines rheinheffischen Gendarmen mit einem Zigeuner, sind die Behörden, besonders im Großherzogtum Hessen, das vor allem als Zigeunerland galt, den braunen Gefellen stramm zu Leibe gegangen, nicht allein die Gendarmerie, sondern auch die Orts- und Feldpolizei sowie die Forstbehörden. Wie sich diese Handhabung bewährt hat, beweist der Erfolg, der durch Zahlen belegt werden kann. In der großherzoglich heffischen Provinz Starkenburg wurden in den Jahren 1910 und 1911 301 Zigeunerfamilien betroffen, 1912 dagegen, in welchem Jahre man diesen Landstreichern geschlossen entgegen trat, nur noch 76 umherziehende Zigeunerfamilien konstatiert, in 1913 war die Provinz fast völlig zigeunerfrei. Ende des Jahres wurden nur in den Kreisen Erbach und Darmstadt je eine Zigeunerfamilie angetroffen.

Vunte Tages-Chronik.

Siegen. Amtlich wird mitgeteilt, daß in Köln unter einem in Goldhof verladenen Transport oldenburgischer Schlachtschweine bei der Ankunft in Köln Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist.

Kochern. Im gegenüberliegenden Rhodn sind zwei achtjährige Jungen beim Rodeln mit ihrem Schlitten in die Mosel hineingefahren und ertrunken.

Hamborn. Hier wurde eine Falschmünzergesellschaft festgenommen, die Zweimarkstücke in großer Menge hergestellt hat.

Trier. In dem Moselorte Merl brachen fünf Knaben auf dem Eise der Mosel ein. Ein Wirt sprang in das Wasser und rettete vier Knaben; der fünfte war bereits tot. Als er an das Land kam, bemerkte er, daß sich unter den Geretteten sein eigener Sohn befand, den er wie die übrigen aus dem Wasser gezogen hatte.

Magdeburg, 15. Jan. Von einem schweren Unfall wurde gestern die in einem Hinterhause der Reuenstraße in Magdeburg wohnende Arbeiterfamilie namens Kleeblatt heimgesucht. Während der Abwesenheit der Mutter entzündete sich das zum Trocknen hinter den Ofen gelegte Brennholz und entwickelte einen derartigen Qualm, daß alle drei im Zimmer befindlichen Kinder erstickten.

Kiel, 15. Jan. Von Stettin kommend, sind im hiesigen Hafen sechs auf der Vulkanwerft erbaute griechische Torpedoboote eingetroffen. Sie bleiben zwei Tage in Kiel und treten dann die Auslandsreise durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Griechenland an.

Tübingen, 13. Jan. Der Gemedete Lustmord an der 11jährigen Irma Dessauer erweist sich, nachdem gestern von dem Mörder, dem 27jährigen Hausdiener Karl Maier abgelegten Geständnis nicht als direkter Lustmord, sondern als Tötung. Maier soll die kleine Dessauer gegen 1 1/2 Uhr in den Kohlenkeller des Hauses Uhlandsstraße 2 gelockt haben und dort versucht haben, dem Mädchen Gewalt anzutun. Als das Kind schrie, habe er dann die Absicht gefaßt, das Mädchen zu erwürgen. Unmittelbar nach der Tat fuhr Maier zu seiner Braut, um gegen Mitternacht an seine Arbeitsstelle zurückzukehren. Dieses tat er in der Absicht, die Leiche nachtschlüßig in den Hof hinter dem Hause der Tübingen Chronik vorüberführenden Flußkanal des Neckar zu werfen. Der Mörder brachte auch gegen Mitternacht die Leiche tatsächlich an den Fluß. Da es aber sehr mondhell war, stand er von seinem Beginnen ab und trug die Leiche in den Kohlenkeller zurück. Daraufhin erstattete er seinem Arbeitgeber und der Polizei Anzeige von dem Leichenfund.

Rom, 15. Jan. Während des gestrigen Nachmittags besuchten im Beisein der vatikanischen Vertreter der Präfekt, der Untersuchungsrichter und mehrere Polizeibeamte die Bibliotheksräume Rampolla. Man fand jedoch nichts. Das Testament war und blieb verschwunden. Damit schwindet auch jede Hoffnung, es noch aufzufinden. Uebermorgen soll der Rest der Wohnung durchgesucht werden.

Neufalz, 14. Jan. Ein junger, Krallich von einer russischen Geschäftstour zurückgekehrter Geschäftsreisender ist an den schwarzen Boden erkrankt.

Zanor, 14. Jan. Bei dem Ausbruch des Vulkans auf der Insel Sankt Domingo ist mindestens die Hälfte der Inselbevölkerung, die ungefähr 10 000 Menschen zählt, ums Leben gekommen.

Strandung eines Dampfers. In der Nähe von Biar Island ist der englische Passagierdampfer „Cobquid“ in schwerem Schneesturm auf Klippen aufgelaufen. Auf seine Hilferufe eilten sofort mehrere Schiffe zu Hilfe, ohne den Dampfer auffinden zu können. Man fürchtet daher, daß der „Cobquid“ mit seiner Besatzung und 90 Passagieren untergegangen sei. Nach den Hilfs telegrammen hatte sich das Schiff auf die Seite gelegt, der Borderteil war schon vollständig unter Wasser.

— Eine neuere Nachricht lautet: Die Rettung der Menschen auf dem „Cobquid“ ist wahrscheinlich möglich, da der Dampfer jetzt von Yarmouth (Neuschottland) mittels Fernrohr gesehen worden ist. Er ist auf das Trinity-Inselriff bei Biar Island aufgelaufen. Mehrere Schiffe sind zur Rettung unterwegs.

Sechzig Soldaten im Schneesturm. Während des letzten Schneesturms hatte eine Abteilung von 60 russischen Rekruten den Befehl, von Kronstadt nach Oranienbaum über das gefrorene Meer zu marschieren. Die Abteilung hat auf ihrem Marsch anscheinend die Richtung verloren, denn sie ist an ihren Bestimmungsort nicht eingetroffen. Man nimmt an, daß alle 60 Mann während des Schneesturms ertrunken sind.

Giftmörder Hopf vor Gericht.

(8. Tag.) § Frankfurt a. M., 14. Januar.

Im Verlaufe der weiteren Beugenvernehmung legte die Schwiegermutter des Angeklagten aus zweiter Ehe, Frau Schneider, ihre gestern schon begonnene Aussage fort. Sie bekundet, daß ihre Tochter sonst gesund war, und daß bei deren letzten schweren Erkrankung Hopf die Vermutung ausgesprochen habe: Heute nacht wird meine Frau sterben! Schließlich blieb die Tochter nach ihrer Genesung bei der Mutter, weil sie eine Vergiftung durch Hopf fürchtete. Die Zeugin erklärte weiter, daß sich eine Reihe von Prozessen dadurch entpinnen habe, und daß Hopf seine eigene Frau dann wegen Meinesdes angezeigt hatte, weil diese als Zeugin beschworen hatte, von dem durch den Angeklagten zubereiteten verdorbenen Hirn nichts gesehen zu haben. Ihre Tochter sei stets der Meinung gewesen, daß Hopf sie vergiftet habe. Sie habe sich nach der Scheidung von Hopf wieder verheiratet und ist vollkommen gesund geworden. Im Jahre 1911 sei sie an Tuberkulose gestorben.

Die frühere Aufwartefrau der Familie Hopf, Frau Helene Wüst, macht eingehende Angaben darüber, wie sich bei ihr der Verdacht verfestigte, daß Hopf seiner Frau Gift gegeben habe. Sie sah auch, daß Hopf seiner Frau häufig Limonaden machte. Wenn Frau Hopf davon getrunken hatte, erbrach sie fast regelmäßig. Hopf hatte seine Frau so zu bestücken gewußt, daß die Frau nur das, was er machte, aß und von ihrer Mutter nichts mehr annahm. Der folgende Zeuge, Versicherungsagent Sachs, hat Hopf besonders gesagt, er solle doch nur sein eigenes Leben versichern, damit die Frau bei seinem Tode in den Besitz der Lebensversicherungssumme komme. Hopf habe aber darauf bestanden, daß seine Frau mit versichert werde.

Nachdem eine Anzahl weiterer Zeugen gehört waren, die sich alle über den Verdacht ausließen, der schon lange gegen Hopf bestand, kamen die Sachverständigen zu Wort. Dr. Portmann, der die beiden ersten Frauen behandelt hat, bekundet, daß er heute das Krankheitsbild bei Frau Hopf auf Arsen und Zuberfeln zurückführen könne. Dieses Bild hat sich bei beiden Frauen gezeigt. Auch die anderen ärztlichen Sachverständigen geben Auskunft und erklären, daß die Frauen Hopfs sonst gesund gewesen seien, daß ihnen aber durch Hopf Arsen gegeben sein müsse. Die Verhandlung wird auf morgen vertagt.

Voraussichtliche Witterung für die Zeit vom Abend des 15. Januar bis zum nächsten Abend: Zeitweise heiter, meist trocken, Nachlassen der Windstärke, Frost vorläufig noch andauernd.

Letzte Nachrichten.

Leipzig, 15. Jan. Das Leipziger Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, veröffentlicht in Telegrammen, die offiziellen Charakter tragen: Die Vorgänge in Zabern dürften eine eingehende Prüfung verschiedener militärischer Fragen im Gefolge haben, die im Verlaufe der Verhandlungen über diese Angelegenheit hervorgerufen sind. Da man von dem früheren Brauch, die Elsaß-Lothringer außerhalb der Reichslande dienen zu lassen, abgegangen ist, hat sich die bedenkliche Erscheinung gezeigt, daß die Reservisten des 99. Regiments aus der Umgebung von Zabern sich an den Kundgebungen in der Stadt beteiligten. Man wird daher vermutlich wieder zu der alten Übung zurückkehren. Auch wird man sich bei der Einstellung der mehrjährigen Freiwilligen die Leute etwas mehr auf ihr bisheriges Verhalten ansehen, da ja nach der Wehrordnung der Regim. n. Kommandeur über die Einstellung selbständig zu entscheiden hat.

Belgrad, 15. Jan. In maßgebenden Kreisen Serbiens wird die Lage in Albanien äußerst pessimistisch beurteilt. Die ehrgeizigen Pläne der zahlreichen albanischen Führer, die Streitsucht und die Eifersucht unter den Stämmen lassen das Land nicht zur Ruhe kommen. Man wird berechnete Zweifel hegen dürfen, ob eine erfolgreiche Organisation des neuen Staatswesens durchführbar sein wird. Es kann als sicher angesehen werden, daß auch die Ankunft des Prinzen zu Wied eine Besserung der Lage nicht erwarten läßt, da ihm vor allem die Macht fehlt, die ehrgeizigen Pläne und die Machtgefühle vieler Führer zu unterdrücken.

London, 15. Jan. Die Antwort der Dreibundmächte auf den englischen Inselvorschlag ist gestern Abend dem auswärtigen Amt zugegangen. Das auswärtige Amt erhielt von der deutschen, der italienischen und österreichischen Vorschläge getrennt drei Noten, die jedoch im Wortlaut genau übereinstimmen. Wie zu erwarten war, nimmt der Dreibund den Vorschlag Englands an, Griechenland alle Inseln zu lassen, die es zu besetzen wünscht. Die Frage der von Italien besetzten türkischen Inseln wird vollständig getrennt behandelt. Italien erklärt nochmals, daß es die Inseln erst dann zurückgeben wird, wenn die Türkei die Bedingungen des Lausanner Friedensvertrages erfüllt hat.



die bewährte Drahtlampe

Achten Sie immer auf die Inschrift „Osram“! — Überall erhältlich. Ausgesellschaft, Berlin O. 17.

